

Luneplate als Naturschutzgebiet ausweisen

Die Grünen wollen den wertvollen Lebensraum für bedrohte Vogelarten dauerhaft sichern. Die Gewerbeansiedlung soll auf die dafür vorgesehenen 200 Hektar begrenzt bleiben.

Die Grünen wollen die Luneplate dauerhaft als wertvollen Lebensraum für Tiere und Pflanzen an der Unterweser sichern. Dafür soll diese eingedeichte Flussinsel künftig unter Naturschutz gestellt werden.



Die Luneplate dient unter anderem der Nonnengans als Rastgebiet.

„Wir haben den Bau eines Offshore-Hafens auf der Luneplate abgewendet und einen ökologisch und ökonomisch geeigneteren Standort gefunden. Nun sollten wir den nächsten folgerichtigen Schritt machen und die Luneplate mit höherem Naturschutz ausweisen“, fordert der Bremerhavener Bürgerschaftsabgeordnete der Grünen Frank Willmann.

Ein großer Teil der Luneplate ist bereits als Teil des EU-Vogelschutzgebietes „Unterweser“ vorgesehen. Dieses Areal hat herausragende Bedeutung als Rastgebiet für Zwergschwan, Nonnengans und Säbelschnäbler. Das Röhricht dient vielen Vogelarten als Brutgebiet. Zum Ausgleich für den Bau des Container-Terminals IV wendet Bremen auf der Luneplate viel Geld auf, um die Lebensräume für seltene Tiere und Pflanzen neu zu schaffen und zu verbessern. So entsteht z.B. ein weitläufiger Tidepolder mit einem verzweigten System neuer, von

Schilfröhricht umgebener Priele. In den Röhrichten können Blaukehlchen oder auch Schilfrohrsänger brüten. Auch der Eisvogel zeigt sich häufiger. Hinzu kommt ein großes Grünland-Graben-Gebiet, das vielen geschützten Vogelarten als Rückzugsgebiet dient.

„Die Luneplate umfasst rund 1500 Hektar. 200 Hektar sind für die Ansiedlung von Betrieben vorgesehen. Das reicht. Der Rest sollte die Chance haben, sich zum Naturparadies zu entwickeln“, so Frank Willmann.



Nachtflugverbot konsequent einhalten

Zahlreiche Sondergenehmigungen führen dazu, dass die AnwohnerInnen auch noch nach 22 Uhr unter Fluglärm leiden. Für sie fordern die Grünen spürbare Entlastung.

Nachtflüge sind eine Belastung für die AnwohnerInnen des Flughafens. „Die zahlreichen Sondergenehmigungen für Nachtflüge müssen ein Ende haben. Sie dürfen nur noch in Notfällen erteilt werden. Das Nachtflugverbot muss endlich wieder konsequent eingehalten werden. Dafür setzen wir Grünen uns mit Nachdruck ein“, betont die verkehrspolitische Sprecherin Maike Schaefer.

Die meisten Ausnahmen vom Nachtflugverbot werden mit Verspätungen aufgrund von Umlaufproblemen begründet. Dafür muss aus Sicht der

Grünen eine Lösung gefunden werden. „Die AnwohnerInnen dürfen nicht die Leidtragenden von Logistikproblemen im Flugverkehr sein. Der nächtliche Fluglärm belastet die Menschen in Hemlingen und im Bremer Süden, die auch noch anderen Verkehrslärm ertragen müssen. Sie haben ein Recht auf Schlaf. Eine achtstündige Nachtruhe muss künftig gewährleistet sein“, so Maike Schaefer.

Die Bürgerschaftsabgeordnete der Grünen bezweifelt nicht, dass der Flughafen für die touristischen Erfolge und die Wirtschaft der Stadt wichtig

ist. „Aber darüber darf der Schutz der AnwohnerInnen und Anwohner vor Dauerlärm nicht vernachlässigt werden. Der Flughafen Bremen liegt quasi mitten in der Stadt. Das bringt für die Menschen erhebliche Belastungen mit sich. Die Lage des Flughafens zwingt zu strengen Auflagen bei den Flugzeiten. Diese Auflagen müssen wesentlich stärker eingehalten werden als bisher“, bekräftigt Maike Schaefer.



grün: aktuell

Grundschule PLUS sichert Betreuung

An der Grundschule Admiralstraße in Findorff beginnt im nächsten Jahr der Modellversuch „Verlässliche Grundschule PLUS“ – mit Mittagessen und Förderunterricht durch Lehrkräfte bis 15 Uhr. Ein detailliertes Konzept wird nun erarbeitet. Das Konzept kann auch auf andere Grundschule übertragen werden. Die Teilnahme ist freiwillig. Die „Grundschule PLUS“ darf aus grüner Sicht aber nicht der Einstieg in die „Ganztagsschule light“ sein. „Ganztagsschulen verbessern die Bildungschancen und helfen gegen soziale Ausgrenzung. Bislang sind nur 20 Prozent der Grundschulen als Ganztagsschulen organisiert. Das wollen wir noch deutlich ausweiten“, so die bildungspolitische Sprecherin Anja Stahmann.

WiN-Programm wird fortgeführt

Das Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ wird bis 2016 fortgeführt. Mit einer 100-Prozent-Förderung können Gröpelingen, Neue Vahr, Tenever, Kattenturm, Huchting, Lüssum-Bockhorn, Hemlingen und das Schweizer Viertel rechnen. Die 50-Prozent-Förderung wird in Huckelriede, Oslebshausen und Grohn beibehalten. „Das WiN-Programm gibt wichtige Impulse zur Selbsthilfe. Die Probleme von Armut und Segregation kann WiN aber nicht alleine lösen. Dafür ist ein ressortübergreifendes Konzept nötig“, so die baupolitische Sprecherin Karin Krusche.

service impressum...

Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft
 Telefon 0421/3011-0
 Telefax 0421/3011-250
 E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de
 Internet: www.gruene-fraktion-bremen.de

Gestaltung Designbüro Möhlenkamp
 Relaunch + Satz Thomas Kollande
 Texte M. Makosch
 Fotos E. Meier, M. Makosch, R. Boe, K.-F. Domnik, D. Dahl-Jensen (NEEM)
 Druck: Geffken & Köllner, Bremen

grün: inhalt

AKWs abschalten Seite 2

Bremen soll notfalls vor dem Bundesverfassungsgericht klagen.

Mehr Demokratie Seite 3

Die Grünen wollen noch bessere Bürgerbeteiligung erreichen.

Nachtflugverbot Seite 4

Die Grünen setzen sich für das konsequente Nachtflugverbot ein.

grün:Aktion



Die Eiskernforschung, an der das AWI Bremerhaven in Grönland beteiligt ist, liefert zentrale Erkenntnisse, um Klimamodelle sicherer zu machen. Welche Erkenntnisse bringt uns die Klimaforschung in der Polarregion? Welche Klimaschutzmaßnahmen und Anpassungsstrategien sind bei uns in der Nordwestregion nötig? Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion, zu der die Grünen jüngst eingeladen hatten.

@ Ein Bericht dazu im Internet unter www.gruene-fraktion-bremen.de.

grüne ecke Von Äpfeln und Birnen



Beim Kauf eines Apfels – so die FDP in der Debatte um die einseitige Beitragserhöhung für Beschäftigte im Zuge der Gesundheitsreform – gebe einem schließlich auch niemand die Hälfte dazu. Klar – für Birnen auch nicht. Aber derartige Apfel- und Birnen-Vergleiche können nicht verdecken, dass die FDP ihr Versprechen bricht: Statt mehr Netto vom Brutto haben ArbeitnehmerInnen durch die Reform weniger.

grün:journal



Die Vorschläge der Bundesregierung zur Neuregelung der Regelsätze sind unsozial und undurchsichtig.

Schwarz-Gelb spaltet die Gesellschaft

Steuergeschenke an Hoteliers, zusätzliche Milliardengewinne für E.ON & Co. – Kahlschlag bei der Beschäftigungsförderung und fünf Euro für Hartz-IV-Beziehende: Union und FDP betreiben Klientelpolitik auf dem Rücken der Arbeitslosen.

Union und FDP haben den sozialen Kompass verloren. Das zeigen die Vorschläge zur Neuregelung der Regelsätze, die Hartz IV-Beziehenden fünf Euro mehr bringen. Für Kinder ist überhaupt keine Regelsatz-Erhöhung vorgesehen. Die Sanktionen will Schwarz-Gelb indes verschärfen, obwohl die Sozialgerichte schon heute die meisten angefochtenen Sanktionsbescheide wieder aufheben. Auch der Rentenzuschuss für ALG-II-Beziehende entfällt, was absehbar zu Altersarmut führt. „Das Paket ist unsozial und undurchsichtig. Die Regelsätze sind anscheinend trickreich nach Kassenlage herbeigerechnet worden. Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte transparente Berechnung sieht jedenfalls anders aus. Die Bundesregierung muss einen Regelsatz vorlegen, der der Menschenwürde auch entspricht und die soziale Teilhabe sichert“, so der sozialpolitische Sprecher Horst Frehe.

Die Bundesregierung hat bei ihrer Berechnung der Regelsätze nicht mehr die Ausgaben der unteren 20 Prozent der Bevölkerung berücksichtigt, sondern nur noch die der unteren 15 Prozent. AufstockerInnen und Haushalte, die in verdeckter Armut leben, wurden nicht herausgerechnet. „Die Folge ist ein Zirkelschluss: Was vorher nur unzureichend an Leistungen gewährt wurde, wird jetzt Maßstab für die neue Bemessung“, kritisiert Horst Frehe.

Zwar ist geplant, die Kinderregelsätze durch ein Bildungspaket zu ergänzen. Allerdings droht sich der verfassungsrechtliche Teilhabanspruch in ein bürokratisches Monster zu verwandeln. Denn ob Nachhilfe

oder andere Hilfen zur Erziehung benötigt werden, sollen künftig die MitarbeiterInnen der Jobcenter entscheiden und dafür Gutscheine abrechnen. „Das bedeutet den Aufbau einer zweiten Jugendhilfebehörde für Minderjährige, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. Das führt womöglich zu einem Zwei-Klassen-System in der Jugendhilfe“, warnt Horst Frehe.

Zum Einhalten des Lohnabstandsgebots von Geringverdienenden zu Leistungsbeziehenden erklärt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Silvia Schön: „Davon, dass Schwarz-Gelb den Hartz-IV-Beziehenden nur fünf Euro mehr geben will, haben die Niedrigverdiener überhaupt nichts. Das einzige, wovon sie etwas hätten, sind flächendeckende Mindestlöhne. Dafür starten wir erneut eine Bundesratsinitiative.“

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen betont, dass die geringe Anhebung der Regelsätze mit dem Kahlschlag bei der Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung einhergeht. „Damit gefährdet Schwarz-Gelb ausgerechnet Projekte und schmälert Chancen, die Menschen wieder in Arbeit bringen sollen. Was die Bundesregierung den Hoteliers schenkt, holt sie sich jetzt bei den arbeitslosen Menschen mehrfach zurück“, so Silvia Schön.



